

# REDEENTWURF

anlässlich des Symposiums des

**Niedersächsischen Verfassungsschutzes**

am 21. August im Alten Rathaus in Hannover

- **Es gilt das gesprochene Wort!** -

## **Desinformation und politische Mobilisierung – Einflussnahme auf politische Meinungsbildung im digitalen Zeitalter**

### Inhalt

Begrüßung und Einleitung.....	2
Desinformation – oder auch: Die gezielte Verbreitung falscher Informationen .....	3
Kampagnen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft .....	4
Rechtsextremismus .....	6
Islamismus .....	7
„Alternative Medien“ .....	8
Staatliche Einflussnahme/hybride Bedrohungen.....	9
Technische Aspekte/Künstliche Intelligenz .....	11
Zwischenfazit .....	13
Repressive und präventive Maßnahmen .....	14
Abschluss .....	16

## Begrüßung und Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie zum diesjährigen Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum hochaktuellen Thema „Desinformation und politische Mobilisierung – Einflussnahme auf politische Meinungsbildung im digitalen Zeitalter“ begrüßen zu können.

Ich bin den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Niedersächsischen Verfassungsschutzes für die jährliche Organisation dieses Symposiums sehr dankbar. Auch wenn ansonsten große Teile der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des Verfassungsschutzes zurecht ohne große Öffentlichkeit ablaufen, brauchen wir innerhalb unserer Gesellschaft ein besseres Verständnis für ihre Arbeit. Es muss deutlich werden, wie wichtig dieses „Frühwarnsystem“ für unsere Demokratie, unsere Sicherheit und unsere Freiheit ist.

Wir sorgen dafür, dass das auch in Zukunft so bleibt: Die Niedersächsische Landesregierung wird sich in dieser Legislaturperiode dafür einsetzen, dass unsere Sicherheitsbehörden gut aufgestellt sind, um das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ durchzusetzen. Wir werden die Weichen stellen, um auch zukünftig die Feinde unserer Demokratie zu identifizieren und effektiv zu bekämpfen. Dafür ist die angestrebte Novellierung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes ein wichtiger Schritt. Denn nach unserem derzeitigen Gesetz ist unser Verfassungsschutz im Vergleich mit allen anderen Bundesländern der „freundlichste“. Wir müssen hier nachschärfen, um die Kompetenzen den Erfordernissen anzugleichen.

## Desinformation – oder auch: Die gezielte Verbreitung falscher Informationen

Anrede,

das Thema des heutigen Symposiums ist aktuell wie wohl nie zuvor. Die Relevanz von „Desinformation“, also die gezielte Verbreitung falscher oder verfälschender Informationen zum Zwecke der politischen Beeinflussung, ist in den vergangenen Jahren immer größer geworden. Wir erleben immer wieder Wellen von Fake News und Lügen, die sich in rasender Geschwindigkeit verbreiten. Das Internet, die sozialen Medien und die damit einhergehende unmittelbare Verfügbarkeit von Informationen und vermeintlichen Wahrheiten stellen uns alle vor Herausforderungen.

Gleichzeitig muss man aber auch betonen: Das Thema gewinnt zunehmend – man müsste beinahe sagen: endlich – an Aufmerksamkeit. Die Menschen werden sensibler für die Gefahren. Gerade in Zeiten politischer Krisenereignisse müssen wir besonders wachsam sein.

## Kampagnen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft

Anrede,

ein ganz konkretes Beispiel für die Gefahren und möglichen Auswirkungen von Desinformation sind die jüngsten rechtsextremen Ausschreitungen in Großbritannien. Diese haben gezeigt, dass Falschmeldungen das Potenzial haben, die politische Landschaft und das gesellschaftliche Miteinander in heftigen Aufruhr zu versetzen und die Sicherheitsbehörden massiv herauszufordern. Teilweise kam es zu Straßenschlachten, Plünderungen und rassistisch motivierten gewaltsamen Übergriffen.

Im Vorfeld dieser Unruhen gab es einen schrecklicher Messerangriff während eines Ferienkurses im nordenglischen Southport, bei dem drei Mädchen getötet und weitere Menschen verletzt worden waren. Bevor überhaupt gesicherte Informationen über den Täter, dessen Hintergrund und Motiv veröffentlicht wurden, bahnten sich Fake News ihren Weg. Gerade rechtsextreme Führungsfiguren und Accounts behaupteten, beim Täter handle es sich um einen muslimischen Asylbewerber. Das führte tagelange zu schweren anti-muslimischen und von Rechtsextremisten angeführten Krawallen.

Diese gesteuerten Internet-Kampagnen sind ein weltweites Phänomen. Auch im deutschsprachigen Raum erleben wir immer wieder falsche Verdächtigungen, voreilige Behauptungen und politische Mobilisierung. Das führt dazu, dass Menschen oder Gruppen angefeindet oder sogar tötlich angegangen werden. Verantwortlich dafür sind häufig extremistische Akteure, die ganz gezielt versuchen, die Meinungsbildung zu beeinflussen.

Im Gegensatz zum Journalismus, der zunächst die Fakten prüft und in einen Zusammenhang bringt, nutzen gerade extremistische Akteure ihre Zugänge, um kurzfristig Themen zu setzen und Stimmungen gezielt zu lenken. Ihr Trumpf ist die Geschwindigkeit.

Sind solche Falschmeldungen oder verzerrten Darstellungen einmal in der Welt, erlangen sie teilweise sehr schnell eine erhebliche Reichweite. Gegendarstellungen, gerade wenn sie von reichweitenstarken traditionellen Medien stammen, werden in ihrer Glaubwürdigkeit infrage gestellt, indem staatliche Zensur unterstellt wird. Zu Zeiten der Corona-Pandemie hat sich dafür der unsägliche Begriff „Lügenpresse“ etabliert. Unabhängige Medien werden pauschal als Handlanger des Staates diffamiert.

Auf dem Spielfeld der Desinformation tummelt sich dabei ein buntes Feld an Playern:

## Rechtsextremismus

Anrede,

im Rechtsextremismus ist bereits seit längerer Zeit ein Wandel im Umgang mit Informationen und Medien festzustellen. Die gezielte Desinformation bzw. die gezielte Verzerrung und ideologische Aufladung von nachrichtlichen Meldungen sind ein bewährtes Mittel der Agitation. Vermehrt werden durch Rechtsextremisten, Reichsbürger und sogenannte Delegitimierer eigene Informationskanäle betrieben und etabliert, die einen Gegenpol zu den vermeintlich zwangsfinanzierten „Staatsmedien“ bilden sollen. Ziel und Folge ist eine Verächtlichmachung des demokratischen Staates. Auch die Legitimität von freien Wahlen bzw. deren Ergebnisse werden mittels Desinformation angezweifelt.

Beim Messengerdienst Telegram sind entsprechende Chat-Gruppen häufig öffentlich einsehbar und offen für demokratiefeindliche Inhalte. Durch den niedrighschwelligen Zugang erreichen solche Inhalte auch vermehrt Menschen, die keine extremistischen Einstellungsmuster besitzen. So kann es zu einer sehr schnellen Radikalisierung kommen. Gerade radikalisierte (Klein-)Gruppen, in denen gehetzt und Gewalt legitimiert wird, stellen eine erhebliche Sicherheitsgefährdung dar.

## Islamismus

Anrede,

neben rechtsextremistischen Akteuren nutzen auch Islamisten das Internet gezielt für einseitige Kampagnen. Dies zeigt sich aktuell im Zuge des Nahostkonfliktes. Seit dem Wiederaufflammen des Konflikts nach dem schrecklichen Attentat der HAMAS auf das israelische Staatsgebiet am 7. Oktober vergangenen Jahres wird gezielt versucht, die eigentliche Schuld auf Israel zu lenken.

Manipulative Berichterstattung und gezielte Falschmeldungen über arabisch- oder türkischsprachige Medien oder soziale Netzwerke befeuern die Emotionalisierung und Mobilisierung muslimischer Gruppen oder israelkritischer bzw. israelfeindlicher Szenen. Dafür werden falsche oder nicht validierte Berichte sowie schreckliche Bilder und Nachrichten verbreitet.

Islamisten nutzen auch aktuelle innenpolitische Themen wie vermeintliche Islamfeindlichkeit, um Musliminnen und Muslime gezielt von der Gesellschaft zu entfremden. Dabei verstärken sie gemachte Diskriminierungserfahrungen und erzeugen das Bild einer generellen Frontstellung der deutschen Politik bzw. Gesellschaft gegen den Islam.

Ein besonderes Phänomen sind islamistische „Influencer“. Diese verbreiten islamistische Ansichten als vermeintliche Jugendkultur. Auch das ist ein Indikator dafür, wie sehr sich die Nutzung von sozialen Medienplattformen durch islamistische Akteure in den vergangenen Jahren verändert und professionalisiert hat.

## „Alternative Medien“

Anrede,

während der Corona-Pandemie und im Zuge des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine etablierte sich mit den sogenannten alternativen Medien eine ernstzunehmende Gegenbewegung zur traditionellen Berichterstattung. Eine signifikante Anzahl an Menschen vertraut den Informationen dieser Medien scheinbar mehr als offiziellen Darstellungen und den seriösen Medien.

Die Medienvielfalt ist an sich ein hohes Gut: Informierte Bürgerinnen und Bürger benötigen in einer Demokratie den Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen, um selbst Standpunkte zu entwickeln. Die Pressefreiheit ist deswegen ausdrücklich durch unsere Verfassung geschützt. Das Internet bietet neue Veröffentlichungsmöglichkeiten ohne den „Gatekeeper Redaktion“. So können auch Positionen von Minderheiten ihre Themen platzieren.

Die Kehrseite besteht allerdings darin, dass manche Akteure mithilfe von Desinformation gezielt daran arbeiten, eine Art „Gegenöffentlichkeit“ zu etablieren.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde die Wirksamkeit von Maßnahmen bzw. sogar die Existenz einer Notlage systematisch in Zweifel gezogen. Die Regierung wurde als totalitäres Regime im Sinne der ehemaligen DDR verhöhnt. Selbstverständlich gilt es, die Maßnahmen im Nachhinein zu evaluieren und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Das ist in einer Demokratie selbstverständlich. Hier ging es jedoch in Teilen keineswegs um eine – im Einzelnen möglicherweise berechnete – Kritik. Sondern um gelenkte Kampagnen, die unser demokratisches System in Gänze angriffen und Menschen gezielt gegen den Staat zu mobilisieren versuchten.

## Staatliche Einflussnahme/hybride Bedrohungen

Anrede,

schon zu Zeiten der Corona-Pandemie stammten einige Quellen dieser sogenannten alternativen Medien aus autokratischen Staaten wie Russland oder China. Im Kontext des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine haben staatliche und staatsnahe russische Medien systematisch die Schuldfrage umgekehrt. Sie versuchen, außerhalb Russlands Menschen davon zu überzeugen, die militärische Aggression sei in Wahrheit als Verteidigung zu verstehen: Gegen eine Expansion der NATO oder angeblich unrechtmäßige Gebietsansprüche der Ukraine.

Eine bedeutende Rolle spielt dabei z. B. in Deutschland RT DE, der deutschsprachige Ableger des vom russischen Staat kontrollierten RT-Netzwerkes (ehemals Russia Today). Obwohl seit 2022 aufgrund fehlender Lizenzen für den öffentlichen Sendebetrieb gesperrt, sind die Inhalte immer noch verfügbar und werden insbesondere über soziale Medien verbreitet. Die verstärkte Propaganda und Streuung von pro-russischen Narrativen sind Teil dessen, was wir „hybride Bedrohungen“ nennen. Sie zielen darauf, Meinungen zu eigenen Gunsten zu beeinflussen und als feindlich wahrgenommene Staaten zu destabilisieren.

Anrede,

zusätzlich erleben wir gewissermaßen eine „Renaissance“ klassischer Spionagetechniken wie Anbahnungen, also das gezielte Ansprechen von Personen zum Zwecke der Rekrutierung, Sabotage und das Abhören von Kommunikation.

Vor diesem Hintergrund unternehmen der Bund und die Länder derzeit Anstrengungen, diesem Phänomen verstärkt zu begegnen.

So haben wir in der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) eine Bund-Länder-offene Arbeitsgruppe (BLoAG) unter Federführung

des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) eingerichtet. Diese hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern einschließlich ihrer Kommunen, den Sicherheitsbehörden, den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Akteuren zum Thema „hybride Bedrohungen“ zu stärken und zu verstetigen.

## Technische Aspekte/Künstliche Intelligenz

Anrede,

nicht zuletzt sind technische Manipulationen ein wichtiges Aktionsfeld im Bereich der „Desinformation“. Angriffe auf technische Infrastrukturen, das Eingreifen in demokratische Wahlen oder Cyberspionage die Möglichkeiten der Sabotage werden immer vielfältiger und bedrohen nicht nur den Bestand kritischer Teile unserer Infrastruktur, sondern auch die Glaubwürdigkeit und das Funktionieren unserer politischen Prozesse.

Im vergangenen Jahr hat der Niedersächsische Verfassungsschutz 27 Verdachtsfälle auf Cyberspionage bearbeitet. Dabei besteht die Herausforderung darin, staatlich gesteuerte Cyberangriffe zu erkennen, diese einem Akteur zuzuordnen sowie gefährdete Stellen zu sensibilisieren. Zehn der Angriffe, deren Urheberschaft festgestellt werden konnte – und damit die weit überwiegende Anzahl – gingen von Russland aus.

Zielgerichtete Cyberangriffe werden durch staatlich gesteuerte, fortgeschrittene, gut organisierte und professionell ausgestattete Angreifer ausgeführt. Sie verlaufen typischerweise in mehreren Phasen und sind sehr komplex in der Vorbereitung und Durchführung. Ziel solcher Angriffe ist es, sich möglichst lange unentdeckt in fremden IT-Systemen zu bewegen, um sensible Daten zum Zwecke der Spionage auszuleiten und/oder insbesondere kritische Infrastrukturen zu sabotieren.

Bei Cyberangriffen gilt es die Angriffsprofile auszuwerten und mögliche weitere Angriffsziele zu identifizieren. Hier sind präventive Maßnahmen das wirksamste Mittel. Darauf fokussieren wir uns im Wirtschaftsschutz bei der Beratung niedersächsischer Unternehmen.

Anrede,

aktuelle werden wir zudem durch den beginnenden Siegeszug der Künstlichen Intelligenz gefordert. Auch hier zeigen sich zwei Seiten der Medaille:

- KI bietet eine neue Welt an Möglichkeiten, die wir nutzen können und sollen. Das Entschlüsseln von Codes oder das Erkennen von Mustern lässt sich von künstlicher Intelligenz in kurzer Zeit erledigen. Neben dem Zeitvorteil werden menschliche Ressourcen für andere Aufgaben frei.
- Gleichzeitig kann KI jedoch auch dazu dienen, Schaden anzurichten. Allein durch KI erzeugte Inhalte, sogenannte Deepfakes, werden stetig weniger von solchen zu unterscheiden sein, die von Menschen geschaffen wurden. Sie sind zudem schnell und günstig zu generieren.
  - Bereits in der Vergangenheit gab es KI-Fakes, in denen deutschen Politikern nie getätigte Aussagen untergeschoben wurden oder ganze Nachrichtensendungen nachgestellt wurden.
  - Auch nutzen bereits Extremisten KI-generierte Bilder in den sozialen Medien, um Hass und Hetze zu verbreiten

Fakten-Checks und Verifizierungen werden in Zukunft noch wichtiger werden als heute.

## Zwischenfazit

Anrede,

die beschriebenen Strategien der Desinformation sind grundsätzlich nicht neu. Zu allen Zeiten hat es Propaganda, Manipulation und das gezielte Lancieren von falschen oder verfälschten Informationen gegeben. Neu sind Reichweite und insbesondere die Schnelligkeit, die über die Möglichkeiten des Internets und soziale Medien erzeugt werden können.

Akteure, die diese Plattformen gut zu bespielen wissen, haben heute einen enormen Vorteil darin, Themen zu setzen. Dies kann die Wahrnehmung politischer Prozesse verzerren. Neu ist zudem die enorme Vielfalt an Informationen und Medien. Obwohl die meisten Menschen immer noch traditionelle Medien konsumieren, lässt – das zeigen aktuelle Studien – das Vertrauen in diese Medien nach. Medien wird inzwischen genauso wenig vertraut wie politischen Institutionen. Bei der Frage, wem vertrauen die Bürgerinnen und Bürger, führen Bundesverfassungsgericht und Polizei. Politik und Medien bilden das Ende des Rankings.

## Repressive und präventive Maßnahmen

Anrede,

wir sind also in ernsten Zeiten. Desinformation wirkt sich – meiner Meinung nach – nicht nur demokratieschädigend aus, sondern demokratiezersetzend.

Deswegen müssen wir uns den beschriebenen Gefahren stellen. Dafür benötigen wir ein Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Akteure. Unsere Lösungen müssen repressiv als auch präventiv ansetzen.

Wissen über Methoden und Strategien der Desinformation ist die Basis. Dies gilt es, ständig zu erweitern, vernetzen und verfügbar zu machen. Hier ist eine verstärkte Zusammenarbeit von Forschung, Sicherheitsbehörden, Unternehmen und anderen betroffenen Akteuren vonnöten.

Wir müssen zudem aus Fehlern lernen. Die schon erwähnten Anstrengungen der Bundesregierung und der Länder zielen genau darauf ab, die vorhandenen Strukturen besser zu vernetzen, zu koordinieren und niedrigschwellige Informationen zur Versachlichung anzubieten.

Sicherheitsbehörden stellen schon jetzt ihre Informationen zu aktuellen Bedrohungslagen zur Verfügung und beraten. Auch hier in Niedersachsen bietet der Verfassungsschutz solche Dienste an. Unternehmen können diese Hilfe kostenfrei in Anspruch nehmen.

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Bekämpfung von Desinformation bildet die Löschung entsprechender Inhalte auf Internet-Plattformen. Einige Anbieter haben sich bereits verpflichtet, Falschmeldungen nach Prüfung zu entfernen, aber längst nicht alle. Im Zweifelsfall weichen Nutzerinnen und Nutzer auf Plattformen aus, die keine Restriktionen anwenden. Damit verlieren die Inhalte zwar möglicherweise an Reichweite, sie sind jedoch weiter verfügbar.

Es ist also notwendig, Desinformation aktiv entgegenzutreten. Mittlerweile gibt es zahlreiche Projekte und Initiativen, die sich genau diesem Ziel verschrieben haben. Sie bieten Faktenchecks an, mit denen sie falsche und verfälschende Informationen entlarven und eigene Recherchen anbieten. Auch hier kann jede und jeder Einzelne einen Beitrag leisten, indem man falschen Behauptungen z. B. in sozialen Medien oder im privaten Umfeld aktiv widerspricht.

Dazu muss man zunächst einmal erkennen, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt. Das klingt einfacher, als es in Wahrheit ist. Denn es ist nicht immer zweifelsfrei zu klären, welche Intention mit der Verbreitung einer falschen oder verfälschenden Information verfolgt wird. Manche Menschen glauben fest an die vermeintliche Wahrheit dieser Inhalte und verbreiten sie. Wir wissen im Zweifel auch nicht, wie diese Informationen von Empfängern aufgenommen werden, also welche Wirkung sie tatsächlich entfalten. Hier kann verstärkte Forschung dazu beitragen, unser Verständnis dieser Zusammenhänge zu erhöhen und neue Ansätze zum Umgang mit Desinformation zu finden.

Nicht zuletzt ist es notwendig, das Erkennen von Desinformation und der zugrundeliegenden Strategien durch Medienkompetenz für alle Altersstufen zu fördern. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger zu ertüchtigen. Es gilt Desinformation zu erkennen. Unsere Demokratie hat eine wichtige Grundlage: den mündigen Bürger bzw. die mündige Bürgerin.

## Abschluss

Anrede,

es gibt also einiges zu tun. Das Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutz ist ein wichtiger Baustein.

Im Laufe der heutigen Veranstaltung sollen aktuelle Kampagnen und Strategien der Desinformation vorgestellt werden. Dazu gilt es zunächst, Ordnung in die damit assoziierten Begriffe zu bringen:

- Was unterscheidet z. B. „Fake-News“ von Desinformation?
- Was genau sind Deepfakes?
- Und wie hängen die verschiedenen Formen der Desinformation miteinander zusammen?

In der abschließenden Podiumsdiskussion werden wir nach dem Forschungsstand fragen und insbesondere mögliche repressive, juristische und präventive Lösungsansätze thematisieren und miteinander ins Gespräch bringen.

Ich wünsche Ihnen ein spannendes Symposium und viele neue Erkenntnisse und Blickwinkel. Nutzen Sie heute die Chance und vernetzen Sie sich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!